

Die Energiewende geht nur mit der Bevölkerung – und nicht gegen sie!

Das Land Schleswig-Holstein nimmt eine Schlüsselfunktion bei der Energiewende in der Bundesrepublik ein. Der neuen Landesregierung scheint dies durchaus klar zu sein: Sowohl im Wahlkampf der nun an der Regierung beteiligten Parteien als auch im Koalitionsvertrag nahm diese Thematik eine zentrale Position ein und nach der Wahl wurde ein Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume eingerichtet und mit Dr. Robert Habeck „Energiewendeminister“ besetzt.

In Schleswig-Holstein bestehen jedoch nach wie vor viele (teils berechtigte) Bedenken gegen die Energiewende: Die Piratenfraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag ist überzeugt, dass eine deutliche Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger sie will – viele aber nicht unbedingt direkt vor ihrer Tür. Ein erfolgreiches Konzept für die Energiewende muss auf Einbindung und Beteiligung der betroffenen Bürgerinnen und Bürger setzen, um nachhaltige Akzeptanz für die Notwendigkeit konkreter Maßnahmen in den Gemeinden schaffen. Dafür braucht es aber auch die Bereitschaft der politisch Handelnden, eben diese Notwendigkeit einzelner Maßnahmen immer und immer wieder kritisch zu überprüfen und gemeinsam mit den Betroffenen vor Ort in die Gesamtentwicklung einzuordnen. Nur so kann eine nachhaltige Energiewende gelingen. Dies war sicherlich auch den Autorinnen und Autoren des Koalitionsvertrags bewusst, als sie schrieben:

„Die Energiewende beschreibt eine zentrale politische Herausforderung der kommenden Jahre. Sie geht alle an: Die Menschen vor Ort, die Wirtschaft, Kommunen, Land, Bund und Europa.“ (Koalitionsvertrag, S. 7)¹

Selbstverständlich sind wir als Piratenfraktion grundsätzlich für die Energiewende. Die Fehler der Vorgängerregierung dürfen dabei jedoch nicht wiederholt werden. Der im vorletzten Jahr vom Verein *Mehr Demokratie* vorgelegte Bürgerbegehrensbericht 1990-2010 zeigt deutlich, wie vor allem in den letzten Berichtsjahren 2009 und 2010 die Proteste der Bürgerinnen und Bürger gegen den Bau von Windkraftanlagen (WKA) in den Gemeinden extrem stark zugenommen haben und auch vermehrt erfolgreich durch erfolgreiche Bürgerentscheide konkrete Bauvorhaben blockierten.² Laut aktuelleren Zahlen nahm diese Tendenz auch in den folgenden Jahren weiter zu.³ Der Eindruck einer "Wende von oben gegen unten" entstand also in der Bevölkerung bereits in der Zeit der Vorgängerregierung und darf unter der neuen Landesregierung auf keinen Fall perpetuiert werden, wenn die Energiewende erfolgreich sein soll. Es ist klar: Damit die Energiewende gelingt, muss ein neues Bewusstsein geschaffen werden.

Nicht nur, dass die Lösung des Energieproblems zunächst eher im Minderverbrauch statt im Ausbau von Erzeugung liegt und Belange des Umwelt- und Artenschutzes dabei nicht vernachlässigt werden dürfen; auch kann der Ausbau regenerativer Energien und entsprechender Stromnetze nur gelingen, wenn er von den Menschen vor Ort durch Einsicht mitgetragen wird. Eine „Energiewende von oben gegen unten“ – und dieser Eindruck droht sich zur Zeit auch unter der rot-grün-blauen Regierung zu verfestigen⁴ – ist aus unserer Sicht von vornherein zum Scheitern verurteilt.

Eckpunkt 1: Verbindliche Einbindung der Bevölkerung in die Energiewende!

Deshalb bedarf es aus unserer Sicht dringend eines Konzepts der Landesregierung zur breiten Einbindung der Bevölkerung in die Energiewende, das nicht nur die Durchsetzung des Baus von Anlagen und Trassen, sondern auch eine umfassende Information und Einbindung der Bevölkerung vorsieht. Auch dafür waren im Koalitionsvertrag bereits wesentliche Weichenstellungen formuliert worden:

² Vgl. Bürgerbegehrensbericht für Schleswig-Holstein 2010 des Vereins Mehr Demokratie, insb. S. **XX**, abrufbar unter <http://sh.mehr-demokratie.de/6791.html> (Stand: 20. August 2012).

³ **Diese Zahlen hier zitieren!**

⁴ **Dafür gibt es viele Beispiele: Dagebüll, Aukrug, ...**

„In einer modernen Demokratie sind Transparenz und Zugang zu Informationen notwendige Voraussetzungen für Teilhabe und Mitbestimmung. Wir wollen, dass die Menschen gut informiert sind und die Möglichkeit haben, sich aktiv an politischen Prozessen zu beteiligen. Wir werden Transparenz schaffen und für einen echten Wandel des Dialogs zwischen Bürgerschaft, Politik und Verwaltung auf allen Ebenen eintreten.“ (Koalitionsvertrag, S. 57)

Mit dem "**Gesetz zur Stärkung der kommunalen Bürgerbeteiligung**", das im Landtag am **21. Februar 2013 verabschiedet wurde**, sind Kernforderungen der **von** einem breiten Bündnis getragenen Volksinitiative⁵ umgesetzt worden. Grundsätzlich hat die Regierung hierbei einen richtigen Weg eingeschlagen, leider ist sie jedoch in zentralen Punkten – entgegen den Versprechungen des Koalitionsvertrags⁶ – von der Regierungsbank aus wieder zurückgerudert.⁷ Wir als Piratenfraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag fordern von der Landesregierung einen umgehenden Kurswechsel der derzeitigen Regierungspraxis zurück zu den Versprechen des Koalitionsvertrags – und das nicht nur, weil wir uns bei der Wahl der Regierung im Landtag von eben diesem haben leiten lassen, sondern auch, weil die darin formulierten Vorstellungen den Notwendigkeiten der Energiewende und der Regierungspraxis entsprechen!

Als Anhaltspunkte, wie dies umzusetzen ist, fordern wir als Piratenfraktion:

- Die Einrichtung eines Open Data Portals zur Transparenz von Verwaltungsprozessen in Zusammenarbeit mit dem Unabhängigen Landeszentrum für Datenschutz (ULD),⁸
- Die Durchführung einer Informationskampagne, um in der Bevölkerung ein Bewusstsein für die Notwendigkeit der Energiewende zu schaffen,
- Die Verbesserung der Informations-, Partizipations- und konkreten Entscheidungsrechte für die Bevölkerung in den Kommunen, wie sie durch das **Bürgerbeteiligungs-Gesetz** nur ungenügend umgesetzt wurde.⁹

5 **Siehe <http://sh.mehr-demokratie.de>.**

6 S. 57f. listet (fast) alle Punkte Volksinitiative auf kündigt bis Ende 2012 deren Umsetzung an.

7 Vgl. **Reden und Pressearbeit von Patrick Breyer zum Thema.**

8 Vgl. S. 56 Koalitionsvertrag.

9 Bürgerbeteiligung ist nicht gleich Bürgerentscheid! Bloße Beteiligung statt echter Entscheidungsrechte

Eckpunkt 2: Minderverbrauch als Primärziel der Energiewende!

Angesichts des gigantischen und zunehmenden Energiehungers von Industriestaaten nach nordatlantischem Vorbild muss klar sein, dass eine erfolgreiche Energiewende nicht bloß im maßlosen Ausbau regenerativer Energien bestehen kann, sondern einen allgemeinen Minderverbrauch an Energie zum Primärziel haben muss. Eine echte Energiewende wechselt nicht nur die Energieträger aus, sie muss auch gesellschaftliche Nutzungsweisen in Sachen Energieverbrauch ändern. Dafür braucht es nicht nur breite Informationskampagnen, sondern auch kluge Gesetze, die die Kosten für Energie senken, ohne dabei die Anreize zum Energiesparen zu reduzieren: "Wie erreiche ich am meisten Klimaschutz pro ausgegebenem Euro – sei er staatlich oder privat?"

Als Anhaltspunkte, wie dies umzusetzen ist, fordern wir als Piratenfraktion:

- Ein umfassendes Konzept zur Verringerung des privaten und industriellen Energiebedarfs unter Berücksichtigung z.B. der Förderung von Wärmedämmung, tageszeitabhängiger Strompreise für energieintensive Industrien und/oder Schaffung und Ausbau von Speicherkapazitäten zur Abfederung von Hochlasten,
- Die Weiterentwicklung der Technologie des "Smart Grid / Smart Metering" unter Beachtung klarer und weitgehender Datenschutzrichtlinien zur Wahrung der Persönlichkeitsrechte: Ein Nachvollziehen des Nutzungsverhaltens auf Ebene der Personen oder Haushalte darf dabei nicht möglich sein,
- Die verstärkte Erforschung, Produktion und Subventionierung energiearmer Techniken wie etwa des öffentlichen Personenverkehrs (Bus, Bahn) und des elektromobilen Individualverkehrs,
- Der Minderverbrauch muss dabei grundsätzlich auch von der energieintensiven Industrie maßgeblich mitgetragen werden und darf nicht primär zu Lasten vor allem einkommensschwacher Haushalte gehen (z.B. Reform der EEG-Umlage). Dafür sind Anreize zu schaffen und Vorschläge zu machen (z.B. Nachtnutzung).

frustriert vielmehr die Bürgerinnen und Bürger und erhöht die Ablehnung der Energiewende sowie die allgemeine Politikverdrossenheit, vgl. Bürgerbegehrensbericht 2010, S. **Xf**.

Eckpunkt 3: Vorrang für Umwelt- und Artenschutz bei der Energiewende!

Die Energiewende darf auf keinen Fall auf Kosten des Umwelt- und Artenschutzes gehen, wie es derzeit aufgrund der Tempopolitik der Landesregierung leider immer wieder der Fall ist.¹⁰ Neben ausreichenden Fristen in den Anhörungs- und Beteiligungsverfahren, in denen Bürgerinnen und Bürger als Sachkundige für ihre Umwelt zu Wort kommen und ggf. Einspruch erheben können, sind hier auch von Seiten der Landesbehörden und der Unternehmen höhere Standards einzufordern. Auch empfundene oder reale Einbußen für die Lebensqualität betroffener Bürgerinnen und Bürger müssen als relevante Variable in die Bauplanungen einbezogen werden.

Als Anhaltspunkte, wie dies umzusetzen ist, fordern wir als Piratenfraktion:

- Verpflichtende und gründliche Umweltverträglichkeitsprüfungen für alle Offshore-, Onshore und Trassenneubauten mit dem Ziel, die Standorte mit dem geringsten Schaden für Artenvielfalt und Natur zu identifizieren und gezielt zu genehmigen,
- Ein Konzept zur Regionalisierung der Stromversorgung etwa durch Bürgerwindparks, Nutzung verschiedener Energieträger und internationale Kooperationen, um die Notwendigkeit großer Trassen zu minimieren,
- Genereller Vorrang für Erdverkabelung und Genehmigung von Überlandleitungen nur im durch außerordentliche Rahmenbedingungen begründeten Ausnahmefall,
- Verhinderung neuer Risikotechnologien wie etwa des Hydraulic Fracturing ("Fracking"), deren Gefahrenpotenzial noch nicht annähernd erforscht ist.

Abschlussbemerkung:

Diese drei Eckpunkte ergänzen sich gegenseitig. In konkreten Fällen sind es oft die Bürgerinnen und Bürger, die energisch auf drohende Umweltschäden hinweisen; auch sind es sie, die den Minderverbrauch umsetzen müssen. Insgesamt ist wieder einmal klar, was im Grunde für jede politische Maßnahme gilt: Die Energiewende geht nur mit der Bevölkerung – nicht gegen sie!

¹⁰ Die Beispiele sind zahlreich, am bekanntesten (dank uns Piraten) wohl der Naturpark Aukrug.